

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1997

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 -

- Vorlagen 12/785 und 12/786 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07, bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses (also mit Ausnahme der Kapitel 07 050, 07 060, 07 410, 07 510 des 47. Landesjugendplanes), wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 18. September 1996, am 23. Oktober 1996, am 30. Oktober 1996 und am 27. November 1996 den Einzelplan 07

mit Ausnahme der Kapitel 07 050, 07 060, 07 410 und 07 510 sowie des 47. Landesjugendplanes

beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

12/785
12/786
12/961
12/972
12/992
12/1059
12/1070

von den Berichterstattern an den Haushalts- und Finanzausschuß
(Einzelplan 07)

12/907

Die vorgenannten Vorlagen lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 27. November 1996 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge über den Einzelplan 07, mit Ausnahme der Kapitel 07 050, 07 060, 07 410 und 07 510 und des 47. Landesjugendplanes, ab.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, mit Ausnahme der o. g. Teile, die nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

Bodo Champignon
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten
der Vertriebenen und Flüchtlinge
zum Haushaltsgesetz 1997
zum Einzelplan 07
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 030 Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschließlich EU-Förderung) TG 72 Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Titel 653 72 Zuweisungen an kommunale Träger, S. 88</p> <p>bar</p> <p>von 99 860 000 Erhöhung um 4 000 000 auf 103 860 000</p> <p>ges. 121 560 000</p> <p><u>VE</u></p> <p>von 118 300 000 Erhöhung um 5 000 000 auf 123 300 000</p> <p>Begründung:</p> <p>In NRW gibt es eine anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit. Hier droht Jugendlichen zwischen 20 und 25 Jahren das "Hineinwachsen" in die Langzeitarbeitslosigkeit. Angesichts der geplanten Kürzungen bei der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung wird sich die Situation weiterhin verschlechtern. Deshalb sollten Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 20 und 25 Jahren, die keine Leistungen der Arbeitsverwaltung erhalten, nicht für eine klassische Berufsausbildung im dualen System in Frage kommen und mindestens sechs Monate arbeitslos sind, eine Beschäftigungsmöglichkeit im Rahmen des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" erhalten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sollen u. a. gezielt in Klein- und Mittelbetrieben stattfinden und in enger Kooperation mit den Handwerkskammern umgesetzt und mit Qualifizierungselementen verbunden werden. Darüber hinaus soll die Anfinanzierung von Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Programms ermöglicht werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>

Anlage zu Vorlage 12/1013

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 030 Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen TG 73 Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe, S. 90 Titel 684 73 Zuschüsse an freie Träger, S. 90</p> <p><u>bar</u></p> <p>von 9 200 000 Erhöhung um 2 500 000 auf 11 700 000</p> <p><u>VE</u></p> <p>von 27 000 000 Erhöhung um 8 000 000 auf 35 000 000</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein BÜNDNIS 90/ ja DIE GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 040 Hilfen für behinderte und alte Menschen Titel 684 11 Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen, S. 138 UT 4 Maßnahmen zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Arbeit, S. 139</p> <p>von 1 000 000 Erhöhung um 1 000 000 auf 2 000 000 ges. 32 000 000</p> <p>Begründung In NRW werden 80% aller sozialen Leistungen durch Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erbracht. Viele dieser Angebote könnten nicht aufrechterhalten werden, gäbe es nicht die Vielzahl von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die sich dem Grundsatz der Solidarität und Humanität verpflichtet fühlen und die sich in sozialen Aufgabefeldern engagieren. Über 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger sind bei den Wohlfahrtsverbänden in verschiedenen sozialen Bereichen einschließlich der Selbsthilfe tätig. Vor dem Hintergrund der seit Jahren stagnierenden Mittelzuweisungen an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hat der Landesgesetzgeber erstmalig im vergangenen Jahr zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements Fördermittel bereitgestellt. Dieser Betrag soll ausschließlich zur Qualifizierung von ehrenamtlich in der sozialen Arbeit Tätigen, für Leitungskräfte von Selbsthilfe- und Initiativgruppen und ehrenamtlichen Mitgliedern in Vorständen, Beiräten und anderen verbandlichen Gremien verwandt werden. Der in diesem Jahr veranschlagte Betrag reicht bei weitem nicht aus, um auf den bestehenden Handlungsbedarf angemessen reagieren zu können. Durch die Mittelerhöhung könnten in allen sechs Verbandsgruppen spürbare Wirkungen zugunsten der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer erreicht werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 040 Altenhilfe und soziale Hilfen TG 90 Landesaltenplan - Gesellschaftliche Integration alter Menschen Titel 684 90 Zuschüsse an freie Träger, S. 142</p> <p>von 500 000 Erhöhung um 5 000 000 auf 5 500 000</p> <p>Dadurch wird eine Ergänzung der Erläuterung (S. 143) erforderlich: "Die Mittel sind für Maßnahmen der Alterselbsthilfe veranschlagt" die Nr. "1." vorangestellt und dieser Nr. 1 der Betrag von "500.000 DM" zugeordnet. Darunter erfolgt folgender neuer Eintrag: "2. Erholungsmaßnahmen für ältere besonders bedürftige Menschen". Der Nr. 2 ist der Betrag von 5.000.000 DM zuzuordnen. Ferner sind die beiden Beträge als "Summe" mit "5.500.000 DM" auszuweisen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Altenerholung ist eine wichtige Einrichtung, um einer Isolation älterer Menschen vorzubeugen. Sie muß fortgeführt werden. Die Mittelbereitstellung soll ausschließlich besonders bedürftigen Menschen zugute kommen. Die Einkommensgrenze für besonderes Bedürftige soll angehoben werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
5	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 040 Hilfen für behinderte und alte Menschen TG 91 Hilfen für zu Hause lebende behinderte und alte Menschen und deren Angehörige Titel 893 91 Zuschüsse für investive Zwecke an freie Träger, S. 144</p> <table data-bbox="542 761 638 896"> <tr> <td>von</td> <td>700 000</td> </tr> <tr> <td>Erhöhung um</td> <td>2 000 000</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 700 000</td> </tr> </table> <p>Änderung der Erläuterung: "zu Titel 893 91 Die Mittel sollen zur modelhaften Erprobung neuer Wohnformen bereitgestellt werden."</p>	von	700 000	Erhöhung um	2 000 000	auf	2 700 000	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>
von	700 000								
Erhöhung um	2 000 000								
auf	2 700 000								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 070 Krankenhausförderung und Rettungsdienst TG 62 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der Krankenhäuser nach §§ 21, 25, 26, 27 und 28 des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW) Titel 684 62 Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser, S. 242</p> <p>von 25 100 000 Kürzung um 300 000 auf 24 800 000</p> <p>zu <u>TG 62</u> ges. 37 900 000</p> <p>Begründung: Deckung für lfd. Antrag Nr. 3</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein BÜNDNIS ja 90/ ja DIE GRÜNEN</p>
7	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen TG 71 Bekämpfung der Suchtgefahren, S. 258 UT 15 Sonstiges (Sucht und Frauen, Schwerpunktprävention, Selbsthilfe u.a.), S. 259</p> <p>von 2 422 500 Erhöhung um 3 000 000 auf 5 422 500</p> <p>zu <u>TG 71</u> ges. 38 350 000</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ ja DIE GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen TG 81 Gesundheitshilfe Titel 653 81 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände Titel 684 81 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen UT 6 Frühförderung behinderter Kinder, S. 262f.</p> <p>bar von Erhöhung um auf 450 000 550 000 1 000 000</p> <p>zu TG 81 ges. 6 142 600</p> <p>zu Titel 653 81 ges. 1 300 000</p> <p>zu Titel 684 81 ges. 4 810 000</p> <p>VE von Erhöhung um auf 0 500 000 500 000</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
9	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 07 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen TG 83 Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs Titel 893 83 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige, S. 266</p> <table border="0" data-bbox="443 853 767 1384"> <tr> <td>von</td> <td>793 300</td> </tr> <tr> <td>Erhöhung um</td> <td>500 000</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 493 300</td> </tr> <tr> <td>zu TG 83 ges.</td> <td>3 456 800</td> </tr> </table>	von	793 300	Erhöhung um	500 000	auf	1 493 300	zu TG 83 ges.	3 456 800	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS ja 90/ DIE GRÜNEN</p>
von	793 300										
Erhöhung um	500 000										
auf	1 493 300										
zu TG 83 ges.	3 456 800										